Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10264

31. 03. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Ernst Schwanhold, Anke Fuchs (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/6097 –

Für eine zukunftsorientierte, innovative Mittelstandspolitik – Neue Ausrichtung und Konzentration der Förderung

A. Problem

Konzentration der Fördermaßnahmen und Aufbau einer bedarfsgerechten Beratung auf Bundesebene durch Bildung einer zentralen Anlaufstelle für mittelständische Betriebe.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/6097 – abzulehnen.

Bonn, den 25. März 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Paul K. Friedhoff**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Paul K. Friedhoff

I.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/6097 – wurde in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juni 1997 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 1. Oktober 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Oktober 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

III.

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion sollen die auf den Mittelstand zugeschnittenen Förderungen möglichst praxis- und wirtschaftsnah erfolgen. Dafür soll auf Bundesebene eine Mittelstandsagentur als Dienstleistungsunternehmen des Bundes und zentraler, kompetenter Ansprechpartner für Unternehmen in allen Fragen der Förderpolitik gebildet werden. Die zu gründende Mittelstandsagentur soll unter anderem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Anlaufstelle für Unternehmen und Institutionen;
- Bündelung der Förderaktivitäten auf Bundesebene;
- Kooperation mit den Ressorts bzw. Einrichtungen des Bundes, die für die Forschungs- und Technologieförderung verantwortlich sind;
- nicht nur Angebot von Fördermitteln, sondern auch eine bedarfsgerechte Beratung;
- regelmäßige Information von Parlament, Regierung und Öffentlichkeit über die Förderung des Mittelstandes durch den Bund;
- Konzipierung und strategische Planung von Fördermaßnahmen des Bundes;
- Errichtung und Betreuung einer Förderdatenbank aller Programme der EU;
- Planung und Betreuung der Programmevaluation der Mittelstandsförderungsmaßnahmen des Bundes;
- Beratung von Drittländern in mittelstandspolitischen Fragen.

Zur Bildung dieser Mittelstandsagentur schlagen die Antragsteller vor, das ERP-Sondervermögen aus dem Bundesministerium für Wirtschaft auszugliedern und in dieser Agentur organisatorisch zu verselbständigen; die nötige politische Kontrolle soll durch ein Aufsichtsgremium, bestehend aus Vertretern des Deutschen Bundestages sowie der Bundesregierung, gewährleistet werden. Ziel dieser inneren Struktur ist es, typische administrative Abläufe zu vermeiden und eine unternehmensähnliche Organisation zu schaffen mit dem Ziel, sich an den mittelständischen Kunden zu orientieren. Eine Unterabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft kann eingespart werden.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 25. März 1998 beraten. Er hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/6097 – zu empfehlen.

Bonn, den 25. März 1998

Paul K. Friedhoff

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333